

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4228

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4228



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Newsletter vom 15. 1. 2023

Inhalt

Deutsch-Debakel und Förderklassen – das System als Ganzes neu ordnen!.....	2
13.1.2023, Marianne Wüthrich.....	2
Mehr Deutsch an der Primarschule!.....	4
Luzerner Zeitung, 22. 12. 2022, Meinung, Gastbeitrag von Carl Bossard.....	4
«Oft hiess es dann, ich sei halt der Idiot, der sowieso nichts verstehe».....	5
NZZ, 11.1.2023, Schweiz, Franco Arnold.....	5
Zürcher Eltern wollen wieder mehr Kleinklassen.....	6
NZZ, 5.1.2023, Front.....	6
Eine Mehrheit will verhaltensauffällige Kinder wieder aus den Regelklassen nehmen.....	6
NZZ, 5.1.2023, Zürich und Region, Nils Pfändler.....	6
Basler Lehrer rebellieren gegen ein Bildungsdogma.....	8
NZZ, 20.12.2022, Schweiz, Katharina Fontana.....	8
LCH diskutiert über seine Position zur integrativen Schule.....	10
Bildung Schweiz 12/2022.....	10
Leserbriefe zur Integrationsfrage.....	11
Rückkehr zum Kleinklassenmodell.....	11
NZZ 11.1.2023, Meinung & Debatte, Leserbrief.....	11
Auf einen Schlag viele Schulprobleme gelöst.....	11
Tages-Anzeiger, 17.12.2022, Debatte, Leserbriefe.....	11
Aus meiner Sicht ein grosser Fehler.....	12
Tages-Anzeiger, 17.12.2022, Debatte, Leserbriefe.....	12
Debatte in Wetzikon zur Inklusion.....	13
Fünf Erkenntnisse aus dem Wetziker Parlament (Auszug).....	13
ZO, AvU, 14.12.2022, Bezirke Hinwil und Pfäffikon, Malte Aeberli.....	13
Votum zu Budget-Posten bzgl. «Inklusion».....	13
Sekundarstufe C löst Problem nicht.....	14
ZO, 22.12.2022.....	14
Inklusion, eine «schöne Bescherung».....	14
ZO, 30.12.2022, Leserbrief.....	14
Veranstaltungshinweis.....	15
Mit Kindern über Kriege, Krisen und Katastrophen sprechen.....	15
Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft, Mittwoch, 8. März 2023.....	15



Deutsch-Debakel und Förderklassen – das System als Ganzes neu ordnen!

13.1.2023, Marianne Wüthrich

Zum neuen Jahr wünschen wir unseren Leserinnen und Lesern alles Gute und freuen uns, mit Ihnen zusammen den Einsatz für eine kindgemässe Volksschule mit neuem Schwung weiterzuführen.

Zwei Dauerbrenner beherrschen am Ende des alten und zu Beginn des neuen Jahres die Debatte um die Volksschule: Die beträchtlichen Defizite vieler Schulabgänger in der deutschen Sprache und die seit Jahren offene Baustelle der Integrationsklassen. Es würde sich empfehlen, 2023 nicht mit der bekannten Pflasterlipolitik weiterzuwursteln, sondern die Ärgernisse grundsätzlich anzupacken, zum Wohl unserer Jugend und unserer Gesellschaft.

Mit «selbstorganisiertem Lernen» und dem Konsum von Kompetenzhäppchen lernt man keine Sprache

Mit seinem Plädoyer für einen Deutschunterricht, der diesen Namen verdient, engagiert sich Carl Bossard auch in seinem neuesten Artikel, wie er es seit langem unermüdlich tut. Sprechen und Schreiben müssten wie jedes Handwerk gelernt werden, aber dafür fehle in der heutigen Schule mit ihrer Aufgabenfülle die Zeit, so der Pädagoge. Zu ergänzen ist, dass die von ihm lebendig beschriebene Erarbeitung der deutschen Sprache in einem strukturierten Aufbau und das intensive Üben nicht ins Konzept des Lehrplan 21 passen. Mit selbstorganisiertem Lernen SOL, mit dem Abarbeiten von digitalen Einsetz- und Ankreuz-Übungen und mit dem Konsum von Kompetenzhäppchen lernt man nun einmal keine Sprache.

In den Medien wird immer einmal wieder daran erinnert, dass es schon früher Menschen gab, die in der Schule durch die Maschen des Deutschunterrichts gefallen sind. Das stimmt zwar leider. Aber damit kann man nicht von der knallharten Tatsache ablenken, dass heute ein stark steigender Anteil junger Leute in den Berufslehren, aber auch an unseren Mittel- und sogar Hochschulen die deutsche Sprache nicht genügend beherrscht. Dies ist eine Folge des jahrelangen bewussten Abbaus des Deutschunterrichts an unserer Volksschule durch sogenannte «Bildungs-Experten». Die heterogenen Integrationsklassen sind übrigens Teil des Deutsch-Desasters. Wie Carl Bossard festhält, braucht es nämlich für das Erlernen der grundlegenden Kulturtechniken Zeit und Musse sowie einen von der Lehrerin geleiteten Unterricht. Daran fehlt es bekanntlich im heutigen fehlgeleiteten System.

Regelklassen mit Klein- und Förderklassen ergänzen:

Lieber «liefere statt lafere»

Dass Integration und Inklusion, so wie sie heute gehandhabt werden, niemandem etwas bringen ausser der Bildungsbürokratie, hat sich inzwischen herumgesprochen. Die negativen Folgen wurden in unserem Newsletter schon öfter thematisiert. Mit einiger Verzögerung werden nun in mehreren Kantonen wieder Kleinklassen gefordert: Im Kanton Zürich laut einer Umfrage, im Kanton Bern gemäss einem Beschluss des Grossen Rats, im Kanton Basel-Stadt mit einer Volksinitiative der «Freiwilligen Schulsynode» für die Einführung von Förderklassen. Ausgerechnet der LCH, der sich eigentlich mit den Sorgen der Lehrerschaft befassen und sich für schüler- und lehrergerechte Lösungen in der Volksschule einsetzen sollte, schiebt die Angelegenheit hinaus, statt auf die berechtigten Anliegen verschiedener Mitglieder – zum Beispiel aus Baselland und dem Thurgau – adäquat einzugehen.

Derweil hat unser Vereinspräsident Timotheus Bruderer mit seiner Fraktion im Wetziker Parlament einen – vorläufig – vergeblichen Versuch unternommen, wieder eine dreiteilige Oberstufe einzuführen, damit alle Jugendlichen in dieser wichtigen Lebensphase möglichst gut gefördert werden können. Die Begründung der Ablehnung durch den Stadtrat ist mehr als schwach: Er gibt zu, dass die Schule mit dem heutigen Modell «an der Sekundarstufe sowie der Primarschule an ihre Grenzen» stösst, will aber, wie die Parlamentsmehrheit, von der Sek C nichts wissen, sondern «die Unterrichtsorganisation grundsätzlich überdenken, um künftig besser mit der Heterogenität umgehen zu können» («Sekundarstufe C löst Problem nicht»). Eine «schöne Bescherung», schreibt Timotheus



Bruderer in seinem Leserbrief zu dieser inhaltsleeren Phrase. Den Lehrerverbänden und Exekutiven ist dringend zu raten: Lieber «liefere statt lafere»!

Der engagierte junge Politiker und Familienvater Timotheus Bruderer kandidiert in den Kantonsratswahlen vom 12. Februar für die SVP im Wahlkreis Hinwil – eine schlaue Wahl für Bürgerinnen und Bürger, die sich für eine gute Volksschule einsetzen.

Was bedeutet «Menschenrecht auf diskriminierungsfreie Bildung»

Die Zürcher Umfrageteilnehmer (und die Baselstädter Initianten und viele andere Schweizer), die wieder Kleinklassen fordern, würden an sämtlichen Rechtsgrundlagen kratzen, die «eine möglichst weitgehende Eingliederung aller Menschen in die Gesellschaft vorsehen», so die NZZ: An der integrativen Förderung gemäss Zürcher Volksschulgesetz, am «Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen» und an der Uno-Behindertenkonvention.

Diese Mär hält sich in Medien und Schulreformerkreisen hartnäckig. In Wirklichkeit werden die Nachteile von Kindern mit Behinderungen nicht behoben, indem sie in Regelklassen eingeteilt werden, im Gegenteil. Hier erleben sie täglich, stündlich, dass sie nicht mitkommen. Und die Mitschüler erleben es mit: *Das ist diskriminierend.* Das Recht auf Bildung für ein Kind mit einer Behinderung besteht nicht darin, im selben Schulzimmer wie die anderen zu sitzen, sondern etwas zu lernen. So viel zu lernen, wie immer es möglich ist, bei einem Lehrer, der die notwendige Fähigkeit und Ausbildung sowie genug Zeit für die Vermittlung des Lernstoffes hat. Dieses Recht haben übrigens auch alle anderen Kinder: Es ist besser zu verwirklichen, wenn die Lehrer nicht ständig ans Limit kommen unter der steigenden Last der Anforderungen, die mit den Integrationsklassen verbunden ist.

Der baselstädtische Bildungsdirektor demonstriert mit seiner Behauptung, indem man «Kinder in Sonderklassen stecke, würden sie stigmatisiert, man verbaue ihnen ihre Zukunft», dass er wenig Ahnung davon hat, wie ein Kind lernt und sich entwickelt. Ebenso wenig Ahnung hat die Zürcher Bildungsdirektorin, welche den integrativen Unterricht plakativ als «Menschenrecht» bezeichnet, aber verhaltensauffällige Kinder in «Schulinseln» stecken, das heisst ausgrenzen will.

Lassen wir demgegenüber lieber Fachleute zu Wort kommen. Zum Beispiel die Lehrerin und Heilpädagogin Marianne Schwegler aus dem Basler Komitee der Förderklassen-Initiative: «Ein Kind, das Mühe mit Lernen oder Verhalten hat, hat später eher eine Chance auf einen Ausbildungsplatz, wenn es in einer kleinen Gruppe intensiv trainieren kann und lernt, sich sozial zurechtzufinden.» Oder den langjährigen Zürcher Lehrer Hans-Peter Köhli, der schreibt, Sylvia Steiner lege den Begriff «Menschenrecht» falsch aus: «Es genügt doch vollauf, wenn die Integration darin besteht, die Kinder in normalen Schulhäusern zu unterrichten, auch wenn das dort spezielle Klassen sind. Dann gibt es den gleichen Schulweg und den gleichen Pausenplatz wie bei den andern, und die Teilnahme an gemeinsamen Anlässen aller Klassen ist selbstverständlich.» Dem ist nichts hinzuzufügen.

Konzept Förderklassen – Hier schliesst sich der Kreis

Ganz ähnlich schlägt der Zürcher Kantonsrat Marc Bourgeois «sogenannte Förderklassen» vor, «angelehnt an die früheren Kleinklassen». So könnten Kinder so lange wie nötig «gezielt unterstützt werden, ohne dass sie ihre Schule verlassen müssten». Ganz zentral aber muss sein: Wie immer wir auch diese Klassen nennen wollen – nie darf das Ziel aus dem Auge verloren werden, die Schüler früher oder später wieder in die Regelklasse zurückzuführen. Die frühere Sonderklasse A, wo unter kundiger Anleitung der Stoff der ersten Klasse in zwei Jahren erarbeitet wurde, war ein Segen. Fast alle Kinder konnten anschliessend in die zweite Regelklasse übertreten. Eine echte Förderklasse!

Aber: In welche Regelklasse kämen solche gut geförderten Kinder heute zurück? Wir sind aufgerufen, dafür zu sorgen, dass auch in den Regelklassen ein geführter Unterricht möglich ist – sonst könnten die wiedereingegliederten Schüler den Boden unter den Füßen rasch wieder verlieren. Hier schliesst sich der Kreis.

Eine spannende Lektüre erwartet Sie.

Für die Redaktion: *Marianne Wüthrich*



Mehr Deutsch an der Primarschule!

Luzerner Zeitung, 22. 12. 2022, Meinung, Gastbeitrag von Carl Bossard

Die junge Generation kann nicht mehr korrekt und kohärent schreiben. Die Klagen über nachlassendes Sprachniveau sind alt. Neu aber ist die Reaktion: Hochschulen müssen Massnahmen ergreifen und so das sprachlich notwendige Können einfordern. Sie bieten Fortbildungskurse für angehende Deutschlehrer und Crashkurse für Studierende an. Die Universität Zürich erklärt sie bei Juristen für obligatorisch. Bei vielen Erstsemestrigen fehlten Grundfertigkeiten, heisst es. Man glaubt es kaum: Deutschkurse für Leute mit einer kantonalen oder eidgenössischen Matura und einer Schulbildung von mindestens zwölf Jahren. Dies im teuersten Bildungssystem der Welt!

Alain Griffel, Rechtsprofessor an der Universität Zürich, bemängelt in der «Sonntags- Zeitung» die Sprachkompetenz vieler seiner Studentinnen und Studenten. Unter die schriftliche Aufgabe eines Drittsemestrigen schrieb er: «Zahllose elementare Orthografie-, Grammatik- und Kommafehler! Satzbau und Formulierungen überwiegend ungenau bis fehlerhaft.» Dem Verfasser riet der Hochschullehrer: «Arbeiten Sie daran! In einem juristischen Beruf werden Sie so nicht tätig sein können.»

Mangelnde Deutschkenntnisse der Gymnasiasten hat bereits die landesweite Evaluation der Matura von 2007 festgestellt. Fast 20 Prozent der Schweizer Mittelschüler erzielten im Fach Deutsch eine ungenügende Note; 40 Prozent schnitten in Mathematik ungenügend ab. Doch von einem Kompetenzschwund bei Maturanden wollte niemand reden.

Denken vollzieht sich sprachlich. Jeder Gedanke braucht einen Körper: die Sprache. Der menschliche Körper muss trainiert, ihm muss Sorge getragen werden. Gleich geht es der Sprache. Sie muss entwickelt und gefördert werden. Im Elternhaus, in der Schule.

«Sprechen und Schreiben sind ein Handwerk, und sie wollen wie jedes Handwerk gelernt sein.»

Doch das Fraglose ist nicht einfach selbstverständlich, sprachliches Können kein Selbstläufer. Sprechen und Schreiben sind ein Handwerk, und sie wollen wie jedes Handwerk gelernt sein. Dazu gehören nebst Selbstverständlichkeiten wie Grammatik, Orthografie und Interpunktion auch die Klarheit der Sprache – und die Angemessenheit ihres Gebrauchs. Sie sind intensiv zu üben und zu fördern, zusammen mit Begriffspräzision und Textkohärenz.

Diese Aufgabe braucht Zeit. Doch sie fehlt. An der Schule muss vieles gleichzeitig erarbeitet werden: Deutsch, Frühenglisch, Frühfranzösisch, die Integration und anderes mehr. Wenn die Aufgabenfülle steigt und die Inhalte zunehmen, reduziert sich die Übungszeit. Lehrerinnen und Lehrer kommen deutlich weniger zum Üben. Aus der Gedächtnispsychologie wissen wir: Je stärker wir eine Grundfertigkeit im täglichen Leben brauchen, desto intensiver müssen wir sie trainieren. Das gilt vor allem für die grundlegenden Kulturtechniken wie Lesen und Schreiben.

Doch im Fach Deutsch werden kaum noch schriftliche Texte verfasst, und die lautgetreue Leselernmethode «Lesen durch Schreiben», die sogenannte «Reichen-Methode», toleriert Orthografiefehler teilweise bis in die Mittelstufe der Primarschule – aus Angst, die Kinder übers Korrigieren zu entmutigen. Kinder schreiben so, wie sie meinen, dass es korrekt sei, zum Beispiel: «Di Bollitzei komt.» Da drängt sich die Frage auf: Warum wird weiter erlaubt, dass an Schulen und an pädagogischen Hochschulen nach dieser Methode gelehrt wird? In den meisten Ländern steht «Schreiben nach Gehör» auf dem Index. Nur in der Schweiz nicht.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Kultusministerkonferenz empfiehlt eine Konzentration der Grundschule auf Deutsch und Mathematik. Man wolle bei allen Kindern die Bildungssprache Deutsch stärken – als zentralen Baustein ihres Lern- und Lebensweges. Ob der Weckruf in Deutschland auch bei uns gehört wird – in den Erziehungsdirektionen? Beim letzten



Pisa-Test im Jahr 2019 lag die Schweiz beim Lesen auf Platz 27, klar hinter Deutschland. Unser nördliches Nachbarland will handeln. Es ist eine ethische Aufgabe, aus der pädagogischen Verantwortung für das Lernen der Kinder und Jugendlichen heraus.

Carl Bossard, Gründungsrektor PH Zug

«Oft hiess es dann, ich sei halt der Idiot, der sowieso nichts verstehe»

NZZ, 11.1.2023, Schweiz, Franco Arnold

Hunderttausende Schweizer haben Mühe mit Lesen oder Schreiben

Wer von Illettrismus betroffen ist, hat oft Mühe, seinen Platz in der Gesellschaft zu finden. Die Digitalisierung kann Personen mit einer Lese- und Schreibschwäche helfen – doch es entstehen auch neue Probleme.

«Die Schulzeit war schwierig für mich – und ich war oft sehr traurig. Ich wurde gehänselt, und ich hatte keine Freunde.» (U. K., 46-jährig, IT-Unternehmer)

Wer die obligatorische Schule absolviert hat, kann lesen und schreiben. Davon geht man in der Schweiz aus. Doch es gibt viele Menschen, die bereits beim Lesen eines Fahrplans oder einer Pendlerzeitung ins Schwitzen geraten.

800 000 Menschen in der Schweiz haben laut dem Bundesamt für Statistik (BFS) eine Lese- oder Schreibschwäche. Sie haben die Schule in der Schweiz absolviert, kennen das Alphabet, können das Schild einer Bushaltestelle lesen und auch mühelos ihren Namen schreiben. Nicht alle von ihnen fühlen sich in ihrem Alltag eingeschränkt. Doch viele stossen in ganz gewöhnlichen Situationen an Grenzen: Der Sinn eines längeren Textes erschliesst sich ihnen oft nicht – oder bloss nach langsamem und wiederholtem Lesen. Drei Sätze auf eine Geburtstagskarte zu schreiben, kann für sie schon einmal eine halbe Stunde in Anspruch nehmen.

«Wenn mich jemand fragt, ob ich einen Text ohne Fehler schreiben könne, muss ich ganz klar sagen: <Nein, das kann ich nicht.> Das stösst teilweise auf Unverständnis.» (M. A., 30-jährig, Fachmann Betreuung in Ausbildung)

In unserer Gesellschaft ist man unzählige Male am Tag mit Schrift und Text konfrontiert. Wie stark, hängt vom Umfeld ab. Wenn eine Person aber ihren beruflichen und privaten Alltag nicht problemlos bewältigen kann, wird von Illettrismus oder funktionalem Analphabetismus gesprochen.

Anders als bei der Legasthenie, der oft diagnostizierten Lese- und Rechtschreibstörung, handelt es sich bei Illettrismus nicht um eine klassifizierte Krankheit. Vielmehr ist er ein soziales Phänomen: Einerseits beschreibt es eine gesellschaftliche Erscheinung, andererseits die persönliche Situation von den Hunderttausenden Betroffenen in der Schweiz.

«Die Zahl 800 000 ist sicherlich ein Gradmesser», sagt Afra Sturm, Leiterin des Zentrums Lesen der Pädagogischen Hochschule FHNW. Die Erhebung des BFS stammt aus dem Jahr 2006 und ist die neuste der Schweiz, wobei bloss die Lese- und nicht auch die Schreibkompetenzen untersucht worden sind. «Es kann deshalb sein, dass die Zahl eventuell leicht höher ist», so Sturm. Studien aus Deutschland kämen zum Schluss, dass rund 15 Prozent der Bevölkerung von einer Lese- oder Schreibschwäche betroffen seien.

[Mehr...](#)



Zürcher Eltern wollen wieder mehr Kleinklassen

NZZ, 5.1.2023, Front

Laut einer NZZ-Umfrage zweifelt das Stimmvolk an der schulischen Integration der Kinder. · Seit einigen Jahren herrscht in der Zürcher Volksschule das Prinzip der integrativen Förderung. Möglichst alle Kinder sollen den Regelunterricht besuchen, auch verhaltensauffällige, beeinträchtigte oder solche mit Lernschwierigkeiten.

Nun zeigt sich: Die Zürcher Stimmbevölkerung steht dieser schulischen Integration kritisch gegenüber. Gemäss einer Umfrage, welche das Forschungsinstitut GfS Bern im Auftrag der NZZ durchgeführt hat, wünschen sich zwei Drittel der Befragten die Kleinklassen für schwierige Kinder zurück. Früher separierten die Schulen noch deutlich mehr Kinder aus dem Regelunterricht.

Eltern, Bildungspolitikerinnen, Schulleiter und Lehrerinnen haben in den letzten Jahren teilweise hitzig über den Sinn und Zweck der integrativen Förderung diskutiert – nicht nur im Kanton Zürich, auch in Basel-Stadt, Bern oder Nidwalden. Die Meinungen gehen weit auseinander: Manche befürchten ein schlechteres Schulniveau und sehen im Mehraufwand, der durch die Integration verhaltensauffälliger Schüler entsteht, einen Grund für den akuten Lehrermangel. Andere bemängeln, dass trotz den Bemühungen nicht alle Kinder konsequent im Regelunterricht integriert werden können.

Die Zürcher Bildungsdirektorin Silvia Steiner (Mitte) will trotz Gegenwehr am Prinzip der integrativen Förderung festhalten. Als Lösung für die Probleme schlägt sie sogenannte «Schulinseln» vor, wo Kinder eine Auszeit vom Regelunterricht nehmen können.

Eine Mehrheit will verhaltensauffällige Kinder wieder aus den Regelklassen nehmen

NZZ, 5.1.2023, Zürich und Region, Nils Pfändler

Eine Umfrage im Auftrag der NZZ zeigt: Das Stimmvolk wünscht sich die Kleinklassen zurück

Vor nicht allzu langer Zeit forderte die Zürcher Stimmbevölkerung noch die Abschaffung der Kleinklassen. Sie wollte, dass möglichst alle Kinder, also auch solche mit Lernschwierigkeiten oder Verhaltensauffälligkeiten, dieselbe Klasse besuchen. Im Jahr 2005 machte sie damit Ernst, indem sie das neue kantonale Volksschulgesetz mit grosser Mehrheit annahm – die schulische Integration war Teil dieses Reformpakets.

Heute ist das Vorhaben weitgehend umgesetzt. Es gibt zwar noch Kleinklassen, doch die meisten Kinder kommen im Regelunterricht zusammen. Und mit ihnen eine wachsende Zahl an Heilpädagoginnen und Klassenassistenten.

Eine heile Welt, könnte man meinen, doch Zufriedenheit herrscht nicht. Von allen Seiten hagelt es Kritik: Lehrerinnen beklagen einen Mehraufwand, Eltern fürchten ein tieferes Schulniveau, und Behindertenorganisationen kritisieren, dass nicht alle Kinder konsequent genug integriert würden.

Auch die Stimmbevölkerung scheint 18 Jahre nach der Abstimmung nicht mehr überzeugt zu sein. Das zeigt eine Umfrage, die das Forschungsinstitut GfS Bern im Auftrag der NZZ durchgeführt hat. Zwei Drittel geben an, dass sie wieder Kleinklassen einführen und sich vom Prinzip der integrativen Förderung abwenden wollen.

Die Parteizugehörigkeit der Befragten spielt bei der Beantwortung der Frage eine entscheidende Rolle. Lediglich die Wählerinnen und Wähler der AL und der Grünen wollen am Prinzip der integrativen Förderung festhalten. Alle anderen Parteien – von SP (54 Prozent) über SVP und FDP (beide 77 Prozent) bis EDU (92 Prozent) – sprechen sich für eine Wiedereinführung von Kleinklassen an der Volksschule aus.



Während der Wohnort und das Geschlecht offenbar weniger entscheidend sind, gehen bei den verschiedenen Generationen die Meinungen auseinander. Bei der jungen Wählerschaft hat die konsequente Integration aller Kinder in den Regelunterricht einen höheren Stellenwert als bei den älteren Stimmbürgern, die sich deutlich für Kleinklassen aussprechen.

«Schulinseln» vorgeschlagen

Die Mehrheit der Befragten kratzt damit am Status quo. Nicht nur am Zürcher Volksschulgesetz, sondern auch am Bundesgesetz, in dem die integrative Förderung im Grundsatz verankert ist. Am Behindertengleichstellungsgesetz und an der Uno-Behindertenkonvention, die eine möglichst weitgehende Eingliederung aller Menschen in die Gesellschaft vorsehen. Und an der gegenwärtigen Zürcher Bildungspolitik, die in den letzten Jahren die Integration vorangetrieben hat.

Für die Bildungsdirektorin Silvia Steiner (Mitte) ist der integrative Unterricht ein «Menschenrecht», wie sie einst in einem NZZ-Interview betonte. Trotz Gegenstimmen in der Bevölkerung hält sie an dieser Meinung fest. «Die Integration ist anspruchsvoll, aber der richtige Ansatz», sagt sie auf Anfrage.

Das Bedürfnis der Bevölkerung nach Kleinklassen sieht die Bildungsdirektorin nicht im Widerspruch zur derzeitigen Situation in den Schulen. Anders als in anderen Kantonen seien in Zürich die Kleinklassen schliesslich nie ganz abgeschafft worden.

Steiner rechnet vor: Von allen Schulkindern hätten derzeit etwa 4 Prozent einen besonderen Bildungsbedarf. Rund die Hälfte von ihnen werde separiert und in einer Sonderschule unterrichtet, die andere Hälfte sei in einer Regelklasse integriert. «Die Schulen erhalten dafür zusätzliche Ressourcen», hält sie fest. «Die Integration von Kindern mit Verhaltensauffälligkeiten auf nach der Schulzeit zu verschieben, ist nicht sehr erfolgsträchtig.»

Falls es beim integrativen Unterricht Schwierigkeiten gebe, schlägt Steiner sogenannte «Schulinseln» als Lösung vor. Dort könnten verhaltensauffällige Kinder innerhalb des Schulhauses eine kurze Auszeit nehmen. Lehrpersonen hätten so die Möglichkeit, schneller und flexibler zu reagieren. Verschiedene Zürcher Gemeinden haben mit diesem Modell bereits Erfahrungen gesammelt.

Förderklassen statt altes System

«Die Rückmeldungen zeigen klar, dass auch Lehrpersonen in stark belasteten Schulen nicht zum alten System zurückwollen», sagt Steiner. In schwierigen Situationen könne es aber wichtig sein, ein Kind kurzfristig aus der Klasse zu nehmen, ohne ihm einen definitiven Stempel aufdrücken zu müssen.

Marc Bourgeois ist FDP-Kantonsrat und Mitglied der Bildungskommission. Er hält wenig davon, wie der integrative Unterricht heute praktiziert wird: «Die Idee war gut gemeint, aber sie funktioniert nicht, sosehr man sie auch schönredet. Mit der Heterogenität in den Klassen bringen die Lehrkräfte nicht mehr alles unter einen Hut.»

Bourgeois kritisiert, dass es heute zwischen Sonderschulen und Regelklassen keine Zwischenstufe mehr gibt. Er schlägt deshalb vor, angelehnt an die früheren Kleinklassen sogenannte Förderklassen einzuführen. Damit könnten einzelne Kinder für mindestens ein Semester, falls nötig auch für mehrere Schuljahre, gezielt unterstützt werden, ohne dass sie ihre Schule verlassen müssten.

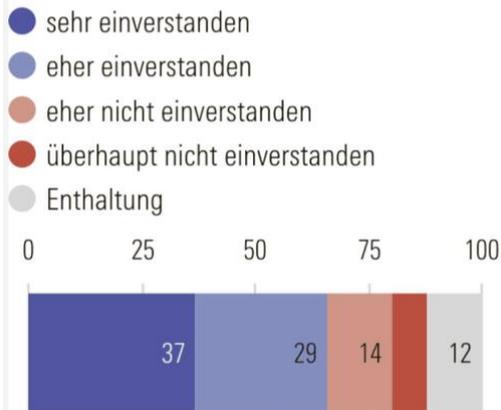
Übernehmen Förderlehrpersonen die Verantwortung für diese Kinder, werden die Klassenlehrpersonen entlastet, zeigt sich Bourgeois überzeugt. «Die Lehrerinnen und Lehrer machen ihre Überstunden nämlich nicht im Schulzimmer, sondern wegen der ständigen Koordination mit anderen involvierten Lehrpersonen, der zunehmenden Individualisierung des Unterrichts und der vielen Elterngespräche.» Laut dem FDP-Kantonsrat könnten die Klassenlehrpersonen bei einer echten Entlastung wieder höhere Pensen annehmen, womit auch dem akuten Lehrermangel entgegengewirkt würde.

In einem Punkt stimmt Bourgeois der Bildungsdirektorin Steiner aber zu. Die Durchlässigkeit des Systems müsse gewährleistet sein, sagt er. «Das alte Zweiklassensystem wünsche ich mir auch nicht zurück.»



Die Zürcher Bevölkerung will wieder mehr Kleinklassen einführen

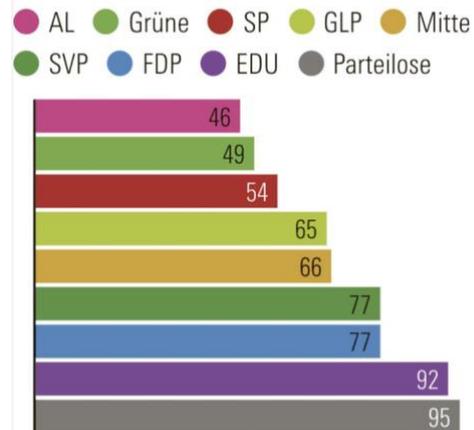
Anteile in Prozent



NZZ-Wahlumfrage zu den Zürcher Wahlen 2023, November/Dezember 2022 (N=2500, Stichprobenfehler: 1,89 Prozentpunkte).

Nur die Wählerschaften von AL und Grünen sind gegen Kleinklassen

Anteil sehr oder eher einverstanden in Prozent



NZZ-Wahlumfrage zu den Zürcher Wahlen 2023, November/Dezember 2022 (N=2500, Stichprobenfehler: 1,89 Prozentpunkte).

Basler Lehrer rebellieren gegen ein Bildungsdogma

NZZ, 20.12.2022, Schweiz, Katharina Fontana

«Ewiggestrige» gegen «Integrationsfanatiker»: Eine Volksinitiative für Förderklassen sorgt für Wirbel

Lehrer sind Staatsangestellte und als solche in der Regel nicht rebellisch unterwegs – in der rot-grünen Stadt Basel noch weniger als anderswo. Umso bemerkenswerter ist, dass nun ausgerechnet der baselstädtische Lehrerverband, der schon als der obrigkeitstgläubigste der Schweiz bezeichnet wurde, ein Dogma der Bildungspolitik öffentlich infrage stellt und zu einem aufsehenerregenden, um nicht zu sagen rebellischen Mittel greift: zu einer Volksinitiative.

Die Basler Lehrer haben genug von der integrativen Schule und fordern die Wiedereinführung der Kleinklassen – oder genauer: Förderklassen. Ihr Berufsverband hat – mit der Zustimmung einer Mehrheit der Delegierten – erfolgreich Unterschriften für eine kantonale Initiative gesammelt, das Begehren liegt derzeit beim Grossen Rat.

Das Vorhaben ist aus der Not im Klassenzimmer geboren. Die integrative Schule wurde vor rund zehn Jahren in der Deutschschweiz eingeführt. Sie sieht vor, dass alle Kinder zusammen unterrichtet werden, auch jene, die Schwierigkeiten haben beziehungsweise solche machen. Die Basler Lehrer unterstützten das Vorhaben, der eine oder andere hatte vielleicht gewisse Bedenken, wie das Konzept im Klassenzimmer funktionieren sollte, doch Widerstand gab es keinen. Man dachte, es sei alles eine Frage der Ressourcen; wenn genügend Heilpädagoginnen mithelfen würden, werde das schon gelingen.

An der Realität gescheitert

Auch die Lehrerin und Heilpädagogin Marianne Schwegler stand der integrativen Schule zu Beginn positiv gegenüber. Doch die vergangenen zehn Jahre haben sie und viele ihrer Kollegen eines Besseren belehrt. Schwegler kennt den Schulbetrieb seit dreissig Jahren, sie ist Vizepräsidentin der Freiwilligen Schulsynode Basel-Stadt und engagiert sich stark für die Förderklassen-Initiative. Diese wirbelt in Bildungskreisen einigen Staub auf und wird von teilweise schrillen Tönen begleitet:



Kritiker halten die Initianten für Ewiggestrige, diese wiederum werfen der Gegenseite Integrationsfanatismus vor.

Für Marianne Schwegler und ihre Mitstreiter steht fest, dass die integrative Schule an den Realitäten scheitert. «Wir haben eine steigende Anzahl von Kindern, die psychisch belastet sind und denen die Basisfähigkeiten fehlen, um lernen zu können. Es geht um Dinge wie Ausdauer, Impulskontrolle oder den Umgang mit Enttäuschungen, welche die Kinder normalerweise in den ersten Lebensjahren in der Familie lernen. Es ist enorm aufwendig, wenn solche Fähigkeiten nachträglich in der Schule trainiert werden müssen, zum Teil ist es auch gar nicht mehr richtig möglich.»

Wie erklärt sich Marianne Schwegler die grosse Zahl von schwierigen Kindern? Liegt es an einer nachlässigen Erziehung? An einer anderen Kultur? Es spiele vieles zusammen, und in Basel noch verstärkt: «Hier wohnen überdurchschnittlich viele Familien, die in irgendeiner Form belastet sind.»

Lehrer gegen Bürokraten

Basel-Stadt nimmt es mit der Integration besonders ernst, ernster als andere Kantone. Schwierige Kinder, die den Unterricht massiv stören und die volle Aufmerksamkeit des Lehrers fordern, werden wie alle anderen in der normalen Klasse unterrichtet. Wie wirkt sich das auf den Unterricht aus? Wie geht es den normalen Schülern? Es komme darauf an, welche Auffälligkeit ein Kind habe und wie die Klasse zusammengesetzt sei, sagt Marianne Schwegler.

«Hat ein Kind eine Lernschwäche, ist sozial aber stark, dann kann es oft gut integriert werden. Dasselbe gilt in der Regel auch für körperbehinderte Kinder oder solche mit Down-Syndrom. Doch wenn ein Kind verhaltensauffällig ist und sozial-emotionale Probleme hat, dann kann es sein, dass die ganze Klasse darunter leidet und Lernzeit verlorenght, weil die Lehrperson überdurchschnittlich viel disziplinieren muss.»

Augenfällig ist, dass die Praktiker die Lage deutlich kritischer beurteilen als die Theoretiker. Bürokraten und Wissenschaftler stellen die integrative Schule seit Jahren als Erfolg dar, von ihr profitierten nicht nur die Förderkinder selber, sondern auch die anderen Schüler – ein Win-win-Modell für alle. Dieses positive Bild bekommt nun allerdings immer mehr Risse. Umfragen unter Lehrern zeigen, dass sie die Situation im integrativen Klassenzimmer keineswegs so rosig beurteilen wie die weiter von der schulischen Realität entfernten Experten.

Basel-Stadt ist auch nicht der einzige Kanton, wo die teilweise alarmierenden Berichte aus den Schulen zu politischen Debatten führen und wo über die Wiedereinführung von Kleinklassen diskutiert wird. Gerade erst hat sich der Berner Grosse Rat für mehr Kleinklassen ausgesprochen, was man als eine Art Misstrauensvotum gegenüber der integrativen Schule interpretieren kann.

Unpopuläre Aussagen machte zudem eine mit dem Schweizer Preis für Bildungsforschung 2021 ausgezeichnete Studie (Balestra, Eugster, Liebert), auf die sich die Basler Lehrer berufen. Die Studie analysierte die Auswirkungen der Integration von Schülern mit besonderen Bedürfnissen und kam zu dem Schluss, dass Förderkinder die Leistungen und das Fortkommen der anderen Schüler negativ beeinflussten, sofern es mehr als drei oder vier pro Klasse seien. Die Auswirkungen seien indes nicht für alle gleich: Gute Schüler seien kaum betroffen, schwächere hingegen stark.

Führt die integrative Schule also tendenziell zu einer Nivellierung nach unten? Diese Frage könne man sich durchaus stellen, sagt Schwegler. «Wenn die schwächere Hälfte der Klasse zusätzliche Nachteile hat, kann das gravierende Auswirkungen haben. Leistungsfähige Schüler mit einem guten Umfeld zu Hause können die Defizite beim Unterricht kompensieren, die anderen nicht. Die sind dann doppelt bestraft.»

Bildungsdirektor ist besorgt

Die Befürworter der integrativen Schule lehnen die Initiative der Basler Lehrer entschieden ab. Sie sehen in der Einführung der Kleinklassen einen Rückfall in frühere dunkle Zeiten, als schwierige Kinder ohne grosses Aufheben abgeschoben, versorgt und isoliert worden seien. Wenn man Kinder in Sonderklassen stecke, würden sie stigmatisiert, man verbaue ihnen ihre Zukunft, sagt etwa der baselstädtische Bildungsdirektor Conradin Cramer. «Wer, ausser der Schule, kümmert sich dann noch um diese Kinder?»



Marianne Schwegler hält das für übertrieben. Wenn Politik und Gesellschaft die Sonderangebote nicht stigmatisierten, dann seien sie auch für die Kinder unbelastet. «Und sie helfen ihnen: Ein Kind, das Mühe mit Lernen oder Verhalten hat, hat später eher eine Chance auf einen Ausbildungsplatz, wenn es in einer kleinen Gruppe intensiv trainieren kann und lernt, sich sozial zurechtzufinden.»

Die Basler Lehrer mögen mit ihrer Initiative einigen Unmut auf sich ziehen. Ob sie in der Bevölkerung genügend Unterstützung finden werden, ist schwer einzuschätzen. Allerdings müssen auch Integrationsanhänger einräumen, dass es mit der Schule in Basel-Stadt nicht zum Besten steht: Trotz sehr viel Geld, das in das Bildungswesen investiert wird, erhalten die Basler Schulen in nationalen Vergleichen jeweils miserable Noten.

LCH diskutiert über seine Position zur integrativen Schule

Bildung Schweiz 12/2022

Am 18. und 19. November fand in St. Gallen die zweitägige Präsidentenkonferenz des LCH statt. Zu reden gab unter anderem das erneuerte Positionspapier zur inklusiven Schule. Es wird nach mehreren Einwänden nochmals überarbeitet.

Wie viel Integration beziehungsweise Inklusion verträgt die Schule? Diese Frage beschäftigt Lehrpersonen seit vielen Jahren. 2007 hat der Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz LCH mit Vorbehalten das Sonderpädagogik-Konkordat unterstützt. Darin wird das Ziel formuliert, Kinder mit besonderen Bedürfnissen nicht mehr separat, sondern in Regelklassen zu unterrichten. 2010 verabschiedete der LCH dazu ein Positionspapier. Nach zwölf Jahren soll es nun erneuert werden. Darin waren sich die Präsidentinnen und Präsidenten der kantonalen Sektionen an der Konferenz in St. Gallen einig.

Belastung für Lehrpersonen

Doch die Vorbehalte wurden nicht kleiner. Das war in der Diskussion zum erneuerten Positionspapier unüberhörbar. Mittlerweile haben Lehrpersonen viele Erfahrungen mit der Integration der Sonderpädagogik in die Regelschulen gesammelt. «Die Integration ist eine der grössten Belastungen für Lehrpersonen», sagte Philipp Loretz, Präsident des Lehrerinnen- und Lehrervereins Basel-land (LVB). Er stützte sich dabei auf eine Befragung, die der LVB durchgeführt hatte. Diese zeige: Für Klassenlehrpersonen sei diese Unterrichtsform ohne zusätzliche Ressourcen nicht leistbar.

Initiative für Förderklassen

In Basel-Stadt, einem Vorreiterkanton in der Integration, hat sich ebenfalls Ernüchterung ausgebreitet. Dort will eine Volksinitiative die Förderklassen wieder einführen. Lanciert wurde die Initiative von der Freiwilligen Schulsynode Basel-Stadt (FSS). Die Vorbehalte sind mittlerweile durch erste Forschungsarbeiten belegt. Eine Studie, die letztes Jahr den Bildungsforschungspreis gewann, kam zum Schluss: Ein Anteil von mehr als 15 bis 20 Prozent an Kindern mit besonderen Bedürfnissen senkt die Testergebnisse der restlichen Klasse.

Zu reden gab auch das Ersetzen des Begriffs Integration durch Inklusion. Das Autorenteam Beat A. Schwendimann und Dorothee Miyoshi, beide Mitglieder der Geschäftsleitung LCH, schlugen eine Anpassung an international gängige Begriffe vor. Andere wiesen auf die unterschiedliche Bedeutung der Begriffe im Schweizer Kontext hin. «Inklusion schliesst separative Settings quasi aus», sagte Marianne Schwegler von der FFS.

Anne Varenne, Präsidentin von Bildung Thurgau, kritisierte zudem: Klassenlehrpersonen seien stark involviert in den integrativen Unterricht. Dem trage der aktuelle Wortlaut des Papiers zu



wenig Rechnung. Die beiden Vertretungen der Verbände Baselland und Basel-Stadt stellten einen Rückweisungsantrag.

Das Papier wurde daraufhin vom Autorenteam zur Überarbeitung zurückgezogen. Es soll nun an der nächsten Konferenz im Frühling abschliessend diskutiert werden. Einig waren sich die Anwesenden darin, dass integrativer Unterricht nur mit genügend zeitlichen und finanziellen Ressourcen zu bewältigen ist. (ca, ck)

Leserbriefe zur Integrationsfrage

Rückkehr zum Kleinklassenmodell

NZZ 11.1.2023, Meinung & Debatte, Leserbrief

Kritiker der Totalintegration vermuteten stets, dass die Mehrheit des Stimmvolks nie zugestimmt hätte, wenn ihr bewusst gewesen wäre, was damit der Schule und dem Lehrpersonal eingebracht wurde. Das Resultat der Umfrage darf man nun sicherlich als eindeutig bezeichnen.

Umso bedauerlicher scheint mir, dass die Bildungsdirektorin nach wie vor das Fiasko nicht eingesteht. Etwas maliziös könnte man als Randbemerkung immerhin ihren Mut erwähnen, sich so kurz vor den Wahlen trotzig gegen die klare Mehrheit der befragten Leute zu stellen.

Das Argument mit dem «Menschenrecht» legt sie falsch aus. Es genügt doch vollauf, wenn die Integration darin besteht, die Kinder in normalen Schulhäusern zu unterrichten, auch wenn das dort spezielle Klassen sind. Dann gibt es den gleichen Schulweg und den gleichen Pausenplatz wie bei den andern, und die Teilnahme an gemeinsamen Anlässen aller Klassen ist selbstverständlich.

Strikte abzulehnen wären jedoch Verhältnisse, wie sie jahrelang in Zürich Höngg bestanden, wo zwei Kleinklassen in einem separaten Schulhäuschen untergebracht wurden. Dann war leider bei der Frage nach dem Schulhaus schon alles klar.

Kantonsrat Marc Bourgeois hat recht. Bei der heutigen Konstellation fehlt ein Mittelding zwischen Normalklasse und Sonderschule. Verschiedene Schulpsychologen brachte dies an den Rand der Verzweiflung; wo sollen Kinder hin, welche einfach nicht in eine Normalklasse passen, aber ebenso wenig in eine Sonderschule mit stark beeinträchtigten Schülern?

Genau da müssen eben besondere Klassen her mit speziell ausgebildeten Lehrpersonen und ohne zusätzliche finanzielle Belastung der Gemeinden, und den Behörden ist grösstmögliche Flexibilität im Vorgehen und in Detailfragen zuzugestehen.

Hans-Peter Köhli, Zürich

Auf einen Schlag viele Schulprobleme gelöst

Tages-Anzeiger, 17.12.2022, Debatte, Leserbriefe

Tages-Anzeiger vom 12.12. «Das Chaos ist auch selbst verschuldet»

Würden zum Beispiel an der Primarschule wieder Allrounder ausgebildet, hätten wir auf einen Schlag viele Probleme gelöst: bessere Beziehung zwischen SchülerInnen und Lehrkraft, mehr Energie und Konzentration aufs Unterrichten, spontanere Unterrichtsgestaltung, weniger Unruhe im Schulbetrieb, klarere Zuständigkeiten, weniger Absprachen, weniger Bürokratie, weniger Sitzungen, entlastete Schulleiterinnen, weniger komplizierte Stundenplangestaltung, einfachere Raumaufteilung, und so weiter.

Robert Vetter, Dietlikon pensionierter Primarlehrer



Beiläufig erwähnt Redaktor Schneebeli im Kommentar über das Chaos bei der Bildungsdirektion, dass man wieder Lehrpersonen ausbilden sollte, welche als Allrounder an der Primarschule sämtliche Fächer unterrichten können. Da hat er völlig recht. Es ist absolut unverständlich, weshalb irgendwelche abgehobenen Theoretiker vor einigen Jahren plötzlich glaubten, vom gewohnten System, abweichen zu müssen. Nun zeigt sich: das ist eine weitere Reform, welche in die Hose ging. Sie führt dazu, dass sich eine ganze Reihe Lehrerinnen und Lehrer zum Nachteil der Kinder an der gleichen Klasse abmüht, falls es den Schulleitungen überhaupt gelingt, die organisatorischen Knoten zu entwirren. Und auch hier wird es wohl so herauskommen wie bei allen gescheiterten Neuerungen der letzten Jahre. Die für das Fiasko Verantwortlichen versuchen, anonym zu bleiben und klammheimlich durch den Hinterausgang zu verschwinden. Umso mehr sind jetzt aber Leute gesucht, die den früheren, bewährten Zustand wiederherstellen.

Hans-Peter Köhli, Zürich

Aus meiner Sicht ein grosser Fehler

Tages-Anzeiger, 17.12.2022, Debatte, Leserbriefe

Tages-Anzeiger vom 12.12. «Lernen Kinder in der Primarschule nicht mehr richtig schreiben?»

Ich hatte das Glück, an einer Berufsschule zu wirken, wo Peter Gallmann und Werner Meier die deutsche Rechtschreibung bei den Polygrafen (früher Schriftsetzer, später Typografen) unterrichtet haben und ich selber dabei erkennen musste, wie wichtig das Deutsch in unserem Umfeld überhaupt ist. Deshalb ist es entscheidend, dass im Deutschunterricht so früh wie möglich in der Primarschule mit den Grundlagen für diese schöne Sprache begonnen wird. Den Hauptgrund, dass viele junge Erwachsene die deutsche Sprache nicht mehr gut beherrschen, sehe ich in der zunehmenden Computerisierung. Viele schreiben nur noch selten, wenn überhaupt und verlassen sich nur noch darauf, was im Internet abrufbar ist. Zeitungen und Bücher werden immer seltener gelesen. Dass der Sprache allgemein weniger Bedeutung entgegengebracht wird, zeigt sich auch daran, dass z. B. Latein an den Gymnasien nicht mehr obligatorisch ist. Aber sicher braucht die deutsche Sprache auf allen Schulstufen vermehrt Beachtung und echtes Engagement, wenn wir sie nicht verkümmern lassen wollen.

René Gauch, Rümlang

Schmunzelnd habe ich zur Kenntnis genommen, dass die Lese-Schreib-Lehrmethode für den Niedergang der deutschen Sprache verantwortlich sein soll. Ich kann Ihnen versichern: Sie ist es nicht - im Gegenteil: Lehrmittel und Methode sind äusserst anregend. Gern nenne ich andere Faktoren, die durchaus Einfluss haben könnten. In den letzten Jahren wurde den Kindern immer mehr Stoff zugemutet, der Schule verschiedenste neue Aufgaben aufgehalst. Die mahnenden Worte von R. M. Largo, die gelegentlich auch in dieser Zeitung zu lesen waren und daran zu erinnern versuchten, dass Gras nicht schneller wächst, wenn daran gezogen wird, sind leider verstummt und wurden von der Politik komplett ignoriert. Anstatt mit dem LP21 die Schule etwas zu entschlacken, Druck von Kindern und Lehrpersonen zu nehmen, wurde die Lektionenzahl nochmals aufgestockt. Aus meiner Sicht ein grosser Fehler. Ausserdem hat die ICT in den Schulalltag Einzug gehalten. Ich glaube nicht, dass beim Schreiben am Computer die Orthografie des Schreibenden verbessert wird. Zumindest schaudert es mich immer wieder ob digitaler Texte, seien es Kommentare, Mails oder Kurznachrichten. Und zu guter Letzt machen die steigenden gesellschaftlichen Probleme vor den Klassenzimmern nicht halt und können auch gestandene Lehrpersonen an ihre Grenzen bringen. Die Volksschule ist überlastet. Warum unter diesen Umständen die Politik nicht den Mut hat, wenigstens die zweite Fremdsprache aus der Primarschule zu entfernen, ist mir schleierhaft.

Urs Vetterli, Schaffhausen



Debatte in Wetzikon zur Inklusion

Fünf Erkenntnisse aus dem Wetziker Parlament (Auszug)

ZO, AvU, 14.12.2022, Bezirke Hinwil und Pfäffikon, Malte Aeberli

Wetzikon • Wetzikons Politiker diskutieren gerne: Fast fünf Stunden lang stritt sich das Parlament durch die Zahlen für das nächste Jahr. Der Versuch einer Einordnung.

[...]

4. Die «Haltungsfrage» Inklusion

Die SVP startete im Verlauf des Abends einen Angriff auf die Inklusionsstrategie der Schule und wollte die Kosten dafür aus dem Budget streichen.

Die SVP war in dieser «Haltungsfrage», wie es Stadträtin Walter Walder ausdrückte, diametral anderer Meinung als die meisten anderen. Der angestrebte Paradigmenwechsel weg von Sonder- hin zu inklusiven Klassen bringe nur weitere Unruhe in die Schule, sagte Timotheus Bruderer (SVP).

Dieser Argumentation konnte Schulpräsident Jürg Schuler nichts abgewinnen. Nach einer langen Debatte zog er mit einer flammenden Rede die Mehrheit des Parlaments auf seine Seite: «Jahrelang haben wir versucht, die Schülerinnen und Schüler in das Raster Volksschule zu zwingen. Es wird Zeit, dass die Schule versucht, sich an die Bedürfnisse der Kinder anzupassen.» Dieser Meinung folgte das Parlament – mit Ausnahme der SVP.

[...]

Votum zu Budget-Posten bzgl. «Inklusion»

SVP-Fraktion

Kanton Basel-Stadt

Initiative will die Kleinklassen zurück

Die Freiwillige Schulsynode Basel lanciert zusammen mit Politikern diverser Parteien eine Initiative, welche die Weidereinführung von Förderklassen fordert.

Kanton Bern

Der Grosse Rat wünscht sich wieder «Kleinklassen»

Eine Mehrheit im Grossen Rat ist der Meinung, dass die Integration aller Kinder in Regelklassen vielerorts an ihre Grenzen stosse.

Kanton Zürich

Ein Drittel der Zürcher Eltern will Kinder von der Schule nehmen

Nau.ch

Immer mehr Zürcher Eltern sind besorgt um die Bildungsqualität der Volksschule. Ein Drittel özieht deshalb einen Wechsel an eine Privatschule in Erwägung.

Wenn die Integration schon an ihre Grenzen stösst...

*«Die Lehrpersonenverbände argumentierten, dass die gestiegenen Anforderungen mit der **Integration in den Regelklassen**, der individuellen Förderung bei gleichbleibenden Rahmenbedingungen und dem zunehmenden administrativen Aufwand dafür sorgten, dass **immer mehr Lehrpersonen** aufgrund der hohen Arbeitsbelastung ihre **Pensen reduzieren oder sogar so ausbrennen**, dass sie den Schuldienst quittieren würden.»*

Umfrage des Verbands der Elternmitwirkungsghremien im Kanton Zürich (<https://keo-zh.ch/>)



Sekundarstufe C löst Problem nicht

ZO, 22.12.2022

Wetzikon der Stadtrat unterstützt den Antrag der Schulpflege auf Nicht-Entgegennahme des Postulats «Wiedereinführung eines dreiteiligen Schulmodells für die Sek Wetzikon» von Timotheus Bruderer (SVP) und genehmigt Erklärung und Stellungnahme. Grundsätzlich teile Schulpflege und Stadtrat das inhaltliche Thema des Postulats, dass die Lehrpersonen gegenüber früher stärker beansprucht würden, schreibt der Stadtrat in einer Mitteilung. Die Schule stosse mit dem heutigen Schulmodell an der Sekundarstufe sowie der Primarschule an ihre Grenzen. Die Wiedereinführung der Sekundarstufe C löse das Problem jedoch nicht. Vielmehr möchte die Schulpfleg zusammen mit den Lehrpersonen die Unterrichtsorganisation grundsätzlich überdenken, um künftig besser mit der Heterogenität umgehen zu können. (zo)

Inklusion, eine «schöne Bescherung»

ZO, 30.12.2022, Leserbrief

«Fünf Erkenntnisse aus dem Wetziker Parlament», Ausgabe vom 14. Dezember

Die positive Haltung zur Inklusion im Wetziker Parlament ist in der Tat bemerkenswert. Erstaunlich, wenn man bedenkt, dass die Argumentation durchaus widersprüchlich ist. Wird beispielsweise durch Schulpräsident Jürg Schuler behauptet, Inklusion sei nicht einfach eine höhere Stufe der Integration, sondern ein Paradigmenwechsel – also ein anderer Ansatz –, ergänzt Stadträtin Christine Walter Walder später, die beiden Begriffe Integration und Inklusion seien «praktisch deckungsgleich».

Was jetzt also? Anhand der Parlamentsvoten scheint es, dass dem Wetziker Parlament generell die Begriffe der Integration und der Inklusion nicht wirklich klar sind.

Welche Früchte diese Reformen aber hervorbringen, lässt sich anhand der prekären Lage an den Zürcher Volksschulen unmissverständlich erkennen. Um nun nicht vom Regen in die Traufe zu kommen, wäre logischerweise eine Rückbesinnung angesagt, wie sie bereits in den Kantonen Basel Stadt und Bern angestrebt wird.

Davon möchte das Wetziker Parlament aber vorerst nichts wissen. Als eine «schöne Bescherung» lag nun das Budget für das Legislaturziel «Inklusion» unter dem bildungspolitischen Weihnachtsbaum.

Timotheus Bruderer, Gemeinderat (SVP), Wetzikon



Veranstungshinweis

Mit Kindern über Kriege, Krisen und Katastrophen sprechen

Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft, Mittwoch, 8. März 2023

Referentinnen

Dr. phil. Eliane Perret (Heilpädagogin & Psychologin, Zürich)

Dr. med. Michaela Glöckler (Kinderärztin, Dornach)

Einführung

Dr. med. Oswald Hasselmann (Leitender Arzt Neuropädiatrie, OKS)

Ort und Datum

Mittwoch, 8. März 2023, 18.30 – 20.30 Uhr

Bahnhof St. Gallen, Historischer Saal (**neuer Ort**)
9000 St. Gallen



VORTRAGSREIHE
PÄDIATRIE, SCHULE & GESELLSCHAFT

Mit Kindern über Kriege, Krisen und Katastrophen sprechen

MITTWOCH, 8. MÄRZ 2023, 18.30 – 20.30 UHR

NEUER ORT: BAHNHOF ST. GALLEN, HISTORISCHER SAAL

